

Innen hui, außen pfui

Chinas widersprüchlicher Kampf gegen den Klimawandel



Foto: Mark Cristino

Philippinen

»Die Chinesen haben begriffen«, zollte der ehemalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin Mitte Januar der chinesischen Klimapolitik Respekt. Tatsächlich wurde in der Volksrepublik eine beeindruckende Energiewende weg von der Kohle in die Wege geleitet. Doch das darf nicht über gegenläufige Tendenzen der chinesischen Energie- und Wirtschaftspolitik hinwegtäuschen.

von **Uwe Hoering**

► Mit der Ankündigung beim Klimagipfel in Paris 2015, bis spätestens 2030 den Scheitelpunkt der CO₂-Emissionen und bereits 2020 einen Anteil nicht-fossiler Energieträger von 20 Prozent zu erreichen, wurde die Volksrepublik China zu einem Hoffnungsträger im Kampf gegen den Treibhauseffekt. Auch rhetorisch tut die Regierung in Peking einiges, um hohe Erwartungen zu nähren: Beim 19. Parteitag der Kommunistischen Partei im Oktober 2017 bekräftigte Staats- und Parteichef Xi Jinping das Ziel, »Beteiligter,

Mitwirkender und Fackelträger in einem globalen Streben nach einer ökologischen Zivilisation« zu sein. Vom braunen Saulus, auf den man im Westen mit dem Finger zeigen konnte, um von eigener Untätigkeit abzulenken, wurde China zum grünen Paulus.

Energiewende weg von der Kohle

► Die Maßnahmen der durch den chinesischen Staat vorangetriebenen Energiewende machen in der Tat Eindruck. Mit staatlicher Unterstützung wurde die Wind- und Solarindustrie breit ausgebaut und international konkurrenzfähig gemacht, im Verkehrsbereich die E-Mobilität vorangetrieben. Die Stromerzeugung aus Kohle, die die energetische Grundlage für Chinas Aufstieg zur führenden Wirtschaftsmacht war, wurde gedeckelt: Pläne für weitere Kohlekraftwerke wurden auf Eis gelegt, die Energieeffizienz bestehender Kraftwerke verbessert. 2018 sank dann auch der Anteil von Kohle an Chinas Primär-Energiemix nach offiziellen Angaben erstmals unter 60 Prozent. Es scheint gelungen, Wirtschaftswachstum und das Wachstum fossiler Energieträger zu entkoppeln.

Die Energiewende ist nicht nur eine Reaktion auf die steigenden Kosten durch Umweltbelastungen und ein zunehmendes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung, dem sich auch die Regierung nicht entziehen konnte. Sie ist vor allem Teil des strukturellen Umbaus der Industrie unter dem Label »Made in China 2025«, um das wirtschaftliche Wachstum und die globale Konkurrenzfähigkeit beizubehalten. Weg von Kohle und Stahl, hin zu neuen Technologien lautet das Credo. Das aber geht einher mit einer wachsenden Importabhängigkeit, unter anderem von Erdöl und -gas sowie von anderen natürlichen Ressourcen wie Lithium, Kupfer und Agrarrohstoffen, über die China nicht oder nicht ausreichend verfügt.

Neben den vielfältigen und teils drastischen Regulierungsmöglichkeiten eines starken autoritären Staates stehen der Regierung dabei die großen staatlich kontrollierten Konzerne zur Verfügung. Durch politisch geförderte Zusammenschlüsse im Infrastrukturbereich, der Energieversorgung, Telekommunikation und vielen weiteren zentralen Wirtschaftsbereichen (»Kommandohöhen«) haben sie eine Monopolstellung erhalten und wurden unentbehrlich für die globale Modernisierungsstrategie. Die Sicherstellung der Ver-

sorgung mit Rohstoffen geht dabei Hand in Hand mit der Suche nach neuen Absatzmärkten für die Konzerne.

Grüne Versprechungen ...

► Diese Konzerne sind die Speerspitze der aktuellen Phase globaler Expansion, deren Signum die Neuen Seidenstraßen sind, offiziell als Belt & Road Initiative (BRI) bezeichnet. Die Infrastruktur-Offensive zu Lande („Belt“) und Wasser („Road“) wird mit – je nach Schätzung – bis zu vierstelligen Milliardenbeträgen durch Kredite staatlicher Finanzinstitutionen und Banken finanziert. Flankiert durch Diplomatie und bilaterale Handels- und Investitionsabkommen, eröffnet sie den Zugang zu neuen Absatzmärkten, Investitionsstandorten und natürlichen Ressourcen – vor allem in Zentralasien und Russland, in Afrika, aber auch in Lateinamerika. Den mittlerweile weit über 70 beteiligten Ländern verspricht sie einen Entwicklungsschub, gar ein neues goldenes Zeitalter der Globalisierung.

Offizielle Ankündigungen, die Neuen Seidenstraßen würden »ressourcen-effizienten und umweltfreundlichen Prinzipien folgen«, beflügeln die Hoffnungen von KlimaschützerInnen, dass Chinas eigene Energiewende jetzt globalisiert wird, auch wenn die »grünen« Richtlinien der Regierung für Konzerne und Finanzierung von Projekten bislang sehr allgemein und unverbindlich sind. China könnte damit in den beteiligten Ländern eine Umsetzung der in Paris vereinbarten nationalen Klimaziele und –maßnahmen voranbringen, indem es die fehlenden finanziellen Mittel, seine Erfahrungen und Technologie bereitstellt, und InvestorInnen profitable Möglichkeiten im Bereich erneuerbarer Energie eröffnet.

Tatsächlich investiert nach Einschätzung des Institute for Energy Economics and Financial Analysis (IEEFA) kein anderes Land mit über hundert Milliarden US-Dollar im Jahr (2017) so viel Geld in Erneuerbare Energien im Ausland wie China.¹ Vermutlich mehr als die Hälfte der Gelder, die im Rahmen der Belt & Road Initiative für nicht-fossile Energien angekündigt sind, fließt allerdings in den Bau von Großstaudämmen, überwiegend durch chinesische Konzerne

Zu den Erneuerbaren Energien zählen auch Atomkraftwerke

– mit allen bekannten negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen. Allein in Myanmar, Kambodscha und Laos sind über hundert Wasserkraftprojekte geplant oder im Bau. Nach chinesischem Verständnis gehören zu den Erneuerbaren Energien auch Atomkraftwerke. Zu deren Errichtung fließen sowohl zuhause als auch im Ausland erhebliche Gelder – unter anderem 6,5 Milliarden US-Dollar für ein Atomkraftwerk in Pakistan.

... und braune Seidenstraßen

► Gleichzeitig zeigen zahlreiche Studien, dass China in weitaus größerem Ausmaß als durch Erneuerbare Energien durch die Finanzierung und den Bau von Kohlekraftwerken und durch Kohleexporte zur Deckung des Energiebedarfs in anderen Ländern beiträgt. Eine aktuelle Bestandsaufnahme des IEEFA, deren Tendenz von anderen Studien bestätigt wird, listet geplante oder im Bau befindliche Vorhaben für 102 Gigawatt auf, an denen China mit 35,9 Milliarden US-Dollar beteiligt ist. Während sich multilaterale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die OECD, viele private FinanzdienstleisterInnen und AnlegerInnen aus Investitionen in Kohlekraft zurückziehen, weil die Profitabilität sinkt, wird China zunehmend zum Retter, zum »lender of last resort« (Shearer et al.).

Der chinesischen Industrie bietet sich damit ein überlebenswichtiges Ventil für die Beschränkungen und Überkapazitäten in China selbst.

Dabei werden vor allem sogenannte »Frontstaaten« angesteuert, die bislang nur wenig Kohle zur Energieversorgung einsetzen.

Dazu gehören unter anderem Tansania, Simbabwe, die Mongolei und Ägypten, Bangladesch und Pakistan. Beim Vorzeigeprojekt der Seidenstraßen-Initiative, dem Wirtschaftskorridor mit Pakistan (CPEC), sind 33 Milliarden US-Dollar für Energieprojekte vorgesehen. Der größte Teil davon soll in Kohlekraftwerke gesteckt werden, mit dem Versprechen, dabei zunehmend auch effizientere und »sauberere«, aber damit auch teurere Verfahren (Carbon Capture Technology) einzusetzen. Daneben gibt es ein sehr viel kleineres grünes Kreditfenster, zu dem das Wasserkraftwerk Kolala mit chinesischem Betreiber und der Vorschlag für eine der größten Solaranlagen der Welt gehören. Während im fossilen Energiesektor vor allem die staatlichen Großkonzerne dank des politischen Rückenwinds ohne Rücksicht auf finanzielle oder ökologische Verluste agieren, um der Regierung zu helfen, BRI zu einem Erfolg zu machen, halten sich private chinesische Unternehmen – mit weit geringerem Investitionsvolumen – eher an Wind und Sonne, die versprechen, profitabler zu sein.

Auch bei anderen fossilen und damit klimaschädlichen Energieträgern wurde China in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem immer wichtigeren Akteur. Seine Erdölimporte aus Kasachstan, Venezuela, Angola und den Golfstaaten stiegen kontinuierlich. Als Importeur von Flüssiggas rückte das Land 2017 auf den zweiten Rang vor, hinter Japan, das es in wenigen Jahren überholt haben könnte. Denn chinesische Erdgasunternehmen treten verstärkt als Käufer und Anteilseigner auf dem Weltmarkt auf. Ein Signal und ein Beweis für die wachsende Freundschaft zwischen China und Russland zumindest im Energiebereich war ein weiterer BRI-Leuchtturm, dieses Mal auf einer maritimen Seidenstraße: Seit 2015 hält China einen Anteil von 30 Prozent am Yamal-Projekt an der sibirischen Arktis-Küste, das eine der weltweit größten Anlagen für die Verflüssigung von Erdgas werden soll – und unterläuft damit zugleich die westlichen Sanktionen gegen Russland.

Bangladesch: Große Pläne, heftige Proteste

► Beim Besuch von Chinas Staatspräsidenten Xi Jinping im Oktober 2016 in Bangladesch wurde die Errichtung von vier Kraftwerken vereinbart. Mit einer geplanten Kapazität von 14 GW und einem Investitionsvolumen von umgerechnet über 7 Milliarden US-Dollar ist Bangladesch damit der größte Kunde für Kohlekraftwerke. Zudem werden drei Häfen für den Import von Kohle ausgebaut. Doch sind abgesehen von einem 1.320 MW-Kraftwerk die Vorhaben noch nicht angefahren.

Zudem bestehen Zweifel, dass die Kraftwerke tatsächlich gebraucht und angesichts der dafür notwendigen Kohleimporte wirtschaftlich sind. Zudem führten Landnutzungskonflikte zu Protesten, bei denen mehrere Menschen getötet wurden. Das geplante Kohlekraftwerk Phulbare und ein Tagebau wurden durch breiten Widerstand verhindert.

Quelle: Shearer et al: *China at a Crossroads*: S. 10-11

Auch im Transportsektor, dem zweiten wichtigen Bereich für eine nachhaltige Entwicklung, hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, China würde seine reichen Erfahrungen und Konzepte aus der eigenen Entwicklung in andere Länder exportieren. Für den massiven Ausbau der Infrastruktur durch BRI werden große Mengen Stahl, Zement und Strom benötigt, wodurch Kohleverbrauch und Emissionen steigen. Anstelle umweltfreundlicher Verkehrskonzepte werden Flughäfen und Fernstraßen gebaut. Neue Bahnstrecken dienen eher dazu, die Verbindungen zwischen Produktionsstätten in China und lukrativen Absatzmärkten zu verbessern oder Hochgeschwindigkeitszüge zu verkaufen, als BerufspendlerInnen und lokale Waren zu befördern.

Primat der Wirtschaft

► Wirtschaftliche Eigeninteressen konterkarieren so den Anspruch auf »grüne« Seidenstraßen. Durch die steigende Nachfrage in China und das Bestreben, die Versorgung zu diversifizieren und zu sichern, wird mit BRI die Erschließung und Nutzung fossiler Energieträger auf breiter Front vorangetrieben und koordiniert. Durch neue Verträge, unter anderem mit Moskau über große, langfristige

Mehr noch: Aktuell zeichnet sich auch im Inneren eine Energiewende rückwärts ab. Demnach wurden im Frühjahr 2018 die Restriktionen gelockert, stillgelegte Kraftwerke wieder in Betrieb und gestoppte Bauvorhaben wieder aufgenommen, weil Chinas Energiebedarf weiter steigt, unter anderem durch energieintensive Industrien wie Kohle, Stahl und Zement. Ein weiterer Rückgang des Kohleverbrauchs wird damit schwieriger. Denn der weiterhin vorangetriebene Ausbau von Kapazitäten im Photovoltaik- und Windenergie-Bereich geht anscheinend nicht mit einem entsprechenden Ausbau der Netze in den häufig abgelegenen Standorten einher. Greenpeace schätzt daher, dass 2018 Chinas CO₂-Emission um rund drei Prozent gestiegen sind, dem höchsten Zuwachs seit 2013.

Propagandistisch wird mit BRI diese finanz- und konzerngetriebene Expansion, die wesentlich von Chinas eigenen Interessen geprägt ist, zu einem partnerschaftlichen Entwicklungsprogramm mit grünem Anspruch für die beteiligten Länder stilisiert. Wie sich am Energiesektor zeigt, werden sie jedoch immer fester in ein Netz wechselseitiger, meist asymmetrischer wirtschaftlicher und infrastruktureller Beziehungen eingebunden.² Ob das den Partnerländern den versprochenen wirtschaftlichen Aufschwung bringt, bleibt abzuwarten. Für den Kampf gegen den Klimawandel ist Chinas Vorgehen im Rahmen der BRI ein Rückschlag.

Dass diese Strategie umgesetzt werden kann, ist angesichts von Protesten wie in Bangladesch (siehe Kasten) allerdings keineswegs ausgemacht. Regierungen befürchten zudem inzwischen zunehmend, dass die Planungen am tatsächlichen Energiebedarf vorbei gehen und die Schuldenlast steigern könnten. So stecken in der Mongolei, wo die Umweltbelastungen durch Kraftwerke und Bergbau bereits gewaltig sind, weitere Großprojekte seit Jahren im Planungsstadium fest. In Pakistan wurde im Januar 2019 das 1,3GW-Kohlekraftwerk Rahim Yar Khan von der Regierung vorerst gestoppt.

Anmerkungen

- 1 Bei solchen Zahlenangaben ist allerdings Vorsicht geboten, da es wenige verlässliche Informationen gibt und sie je nach Quelle und Definition stark schwanken.
- 2 Indem damit auch politische Allianzen, häufig mit anderen autoritären Regimen, und die eigene geoökonomische Position gestärkt werden, hat BRI natürlich auch eine geopolitische Dimension, um die »neuen Beziehungen von Großmächten«, die Peking anstrebt, zu unterfüttern.

Literatur

- Tim Buckley/ Simon Nicholas/ Mellia Brown (2018): World's Second-Biggest Economy Continues to Drive Global Trends in Energy Investment. China 2017.
- John A. Mathews/Xin Huang/ Mark Selden (2018): The Greening of China's Energy System Outpaces is Further Blackening: A 2017 update. In: The Asia-Pacific Journal, 16(2), S. 1-19.
- Christine Shearer/ Melissa Brown/ Tim Buckley (2019): China at Crossroads: Continued Support for Coal Power Erodes Country's Clean Energy Leadership. Institute for Energy Economics and Financial Analysis, IEEFA.
- Karen Smith Stegen (2015): Understanding China's Global Energy Strategy. In: International Journal of Emerging Markets, 10(2), S. 194-208.
- Lihuan Zhou et al. (2018): Moving the Green Belt and Road Initiative from Word to Actions. World Resources Institute/Global Development Policy Center Working Paper, October 2018.

► **Uwe Hoering** betreibt das Webportal www.globe-spotting.de und ist Autor des Buches »Der Lange Marsch 2.0. Chinas neue Seidenstraßen als Entwicklungsmodell« (VSA Verlag 2018).



Foto: Camilla Davidson

Thailand

Gaslieferungen, ein Netz von Pipelines und Starkstromleitungen, Raffinerien und Gas-Verflüssigungsanlagen, Tankschiffen und modernisierten Umschlagshäfen, fließen immer mehr Erdöl, Erdgas sowie Strom aus Kohle und Wasserkraft nach China. Damit werden die Klimaziele beteiligter Ländern konterkariert und deren Wirtschaft und Entwicklung für vier, fünf Jahrzehnte an klimaschädliche und teure Energieproduktion und Technologien sowie beispielsweise in Bangladesch und Pakistan an den Import von Kohle aus China gebunden – trotz der Kostenvorteile für erneuerbare Energien.

Gleichzeitig externalisiert China seinen eigenen ökologischen Fußabdruck, indem der Ressourcenabbau und die Nutzung jenseits der Grenzen verlagert wird, während zuhause umweltschädliche Kraftwerke und Betriebe stillgelegt und regenerative Energien weiter ausgebaut werden können. Indem die Belt & Road Initiative Chinas Partnerländer in dieselbe braune Entwicklung verstrickt, aus der es jetzt selbst versucht, partiell auszusteigen, »würde es unmöglich, die Emissionsziele des Paris-Abkommens zu erreichen«, warnt denn auch der Wirtschafts- und Klimaforscher Nicholas Stern.